
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

BILDUNGSPOLITIK

28.02.2014

„Der Gesetzesentwurf ist die in Papierform gegossene Störung des Schulfriedens an den betroffenen Schulen. Ich bin entsetzt, dass die CDU sich offensichtlich aus purem Populismus jetzt auch hier von ihren einstigen Überzeugungen verabschiedet. Eine Wechsellmöglichkeit für laufende Jahrgänge hat wegen des Bestandsschutzes für Schüler, die bei G8 bleiben wollen, schon seinerzeit bei den Kooperativen Gesamtschulen zu üblen Verwerfungen geführt. Diesen Fehler nun bei den Gymnasien zu wiederholen, halten wir als FDP für grob falsch und fahrlässig“, erklärte Wolfgang GREILICH, bildungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion anlässlich der heutigen Vorstellung des Gesetzesentwurfs zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes.

Weiter erklärte Greilich:

„Für die Rückkehr zu G9 bedarf es eines Umsetzungskonzeptes und der Beschlüsse der Schulgremien, um alle Beteiligten einzubeziehen. Dabei muss stets im Vordergrund stehen, dass bei einer gewünschten Rückkehr zu G9 Eltern, Lehrer und Schüler einer Schule zu dem Konzept stehen. Und aus diesem Grund ist es richtig, dass die Umstellung grundsätzlich mit der Jahrgangsstufe 5 erfolgt.

Bezugnehmend auf die Diskussion um ein mögliches Rückkehrrecht für die jetzigen siebten Klassen stellen wir fest, dass die Argumente, die für die 5. und 6. Jahrgänge gelten umso mehr für die höheren Jahrgänge gelten müssen. Zudem sind die Lehrpläne bereits ab Klasse 6 bei G8 und G9 unterschiedlich. Deshalb ist es auch im Sinne der Schulqualität und Verlässlichkeit mehr als fragwürdig, hier eine Umstellung im laufenden Lernprozess der Kinder erzwingen zu wollen. Es sollte nicht jede Woche eine neue bildungspolitische Sau durchs Dorf getrieben werden, um das eigentliche Ziel, die prinzipielle Abschaffung von G8, zu erreichen. Denn dies geschieht zu Lasten unserer Kinder und verunsichert zudem die Eltern. Davor können wir nur warnen.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de